Antrag vom 06.11.2026
Eingang bei: L/OB
Datum: 06.11.2026

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
CDU
SPD und Volt
Freie Wähler
FDP
PULS - Die Stadtisten - Die PARTEI - KLIMALISTE
Betreff
Kita-Planung neu ausrichten: Mittelfristig wieder mehr Ganztag ermöglichen und gleichzeitig die Betreuung für Eltern zuverlässiger aufstellen

Wir beantragen einen Bericht der Verwaltung im Jugendhilfeausschuss noch im Jahr 2026 zu folgenden Fragen:

1.) Wie bewertet die Verwaltung vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung die bisherige Zielsetzung von 40 Prozent VÖ und 60 Prozent Ganztag?

2.) Welche Möglichkeiten bestehen, mit dem vorhandenen Personal und innerhalb des bestehenden Personalschlüssels den Anteil der Ganztagsplätze mittelfristig wieder schrittweise zu erhöhen? Welche personellen und organisatorischen Spielräume ergeben sich dabei durch die rückläufigen Kinderzahlen?

3.) Wie ermittelt die Verwaltung den tatsächlichen Bedarf der Eltern an VÖ- beziehungsweise Ganztagsbetreuung? In welchem Umfang fließen dabei neben den Wartelisten auch die Betreuungswünsche der Eltern unabhängig vom nachgewiesenen Beschäftigungsumfang ein?

4.) Wie bewertet die Verwaltung die Aussagekraft der derzeitigen Wartelisten für den tatsächlichen Ganztagsbedarf, wenn der anerkannte Betreuungsumfang und die Vergabechancen maßgeblich vom Beschäftigungsumfang der Eltern abhängen? Kann ausgeschlossen werden, dass Eltern aus diesem Grund bereits bei der Anmeldung auf einen gewünschten Ganztagsplatz verzichten?

5.) Wie stellt sich aktuell die Stabilität des bestehenden Betreuungsangebots dar, insbesondere im Hinblick auf den Ausfall ganzer Betreuungstage? Sieht die Verwaltung hier Bedarf, die aufgrund rückläufiger Kinderzahlen freiwerdenden Personalressourcen vorrangig dafür einzusetzen, Betreuungsausfällen entgegenzuwirken?

Begründung:

Die Kinderzahlen in Stuttgart gehen deutlich zurück. Während im Jahr 2021 noch 6.777 Kinder geboren wurden, waren es 2025 nur noch 5.327. Diese Entwicklung verändert die Ausgangslage für die Kindertagesbetreuung grundlegend. Wo bislang vor allem der Fachkräftemangel dazu geführt hat, Betreuungszeiten zu verkürzen und das Angebot stärker in Richtung VÖ zu verschieben, stellt sich heute die Frage neu, ob dieser Weg in derselben Form fortgesetzt werden muss. Der bisherige Kita-Prozess mit einem Zielverhältnis von 40

Prozent VÖ und 60 Prozent Ganztag war aus der damaligen Mangelsituation heraus nachvollziehbar. Angesichts der veränderten demografischen Entwicklung sollte nun aber geprüft werden, ob dieses Verhältnis noch zeitgemäß ist – vorausgesetzt, die Stabilität bzw. Verlässlichkeit der bestehenden Betreuungsangebote ist gewährleistet und der Ausfall ganzer Betreuungstage kann vermieden werden.

Für uns ist klar: Wenn künftig weniger Kinder in das Betreuungssystem nachwachsen, entstehen neue Spielräume beim Einsatz des vorhandenen Personals. Diese sollten genutzt werden, um das Betreuungsangebot wieder stärker in Richtung Ganztag zu entwickeln. Deshalb sollte geprüft werden, wie sich mit dem vorhandenen Personal und innerhalb des bestehenden Personalschlüssels das Verhältnis von VÖ- und Ganztagsplätzen schrittweise zugunsten des Ganztags verschieben lässt. Dabei geht es nicht nur um berufstätige Eltern. Es gibt auch Familien, die sich unabhängig vom jeweiligen Beschäftigungsumfang bewusst eine längere Betreuung für ihr Kind wünschen. Gerade deshalb darf sich die Bewertung des tatsächlichen Bedarfs nicht allein an den heutigen Vergabekriterien orientieren.

Das von der Stadtverwaltung angeführte Wartelistenargument greift aus unserer Sicht deshalb zu kurz. Die Wartelisten sind zwar ein wichtiger Hinweis auf die Nachfrage, sie entstehen aber innerhalb eines Systems, in dem der nachgewiesene Beschäftigungsumfang maßgeblich dafür ist, welcher Betreuungsumfang als Bedarf anerkannt wird und wie gut die Chancen auf einen entsprechenden Platz sind. Eltern, die sich eigentlich eine Ganztagsbetreuung wünschen, zugleich aber wissen, dass ihre Chancen aufgrund des anerkannten Betreuungsbedarfs geringer sind, werden sich möglicherweise bereits bei der Anmeldung eher für ein VÖ-Angebot entscheiden. Die Warteliste bildet deshalb nicht zwangsläufig vollständig ab, wie groß der tatsächliche Wunsch nach Ganztagsbetreuung wäre, wenn mehr entsprechende Plätze zur Verfügung stünden und die Zugangschancen besser wären.

Zusammengefasst: Es braucht aus unserer Sicht jetzt eine ehrliche Neubewertung des bisherigen Kita-Prozesses. Die damalige Verschiebung in Richtung VÖ war eine Reaktion auf eine konkrete Mangelsituation. Wenn sich diese Rahmenbedingungen durch dauerhaft niedrigere Kinderzahlen verändern, muss auch die Steuerung des Angebots angepasst werden. Ziel sollte sein, die gewonnenen personellen Spielräume mittelfristig dafür zu nutzen, den Ganztag zu stärken und Familien wieder mehr zeitliche Verlässlichkeit und echte Wahlmöglichkeiten bei der Betreuung ihrer Kinder zu geben – sowie die Stabilität des bestehenden Betreuungsangebots auszubauen und den Ausfall vor allem ganzer Betreuungstage auf ein minimales Maß zu reduzieren.

Gezeichnet

CDU-Gemeinderatsfraktion

Isabelle Weichselgartner

Dr. Klaus Nopper

Anita von Brühl

Fraktionsgemeinschaft SPD und Volt

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende

Dr. Maria Hackl

Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender

Freie-Wähler-Gemeinderatsfraktion

Rose von Stein, Fraktionsvorsitzende

Axel Brodbeck, Fraktionsvorsitzender

Michael Schrade

FDP-Gemeinderatsfraktion

Dr. Matthias Oechsner, Fraktionsvorsitzender

Eric Neumann, stv. Fraktionsvorsitzender

Dr. Cornelius Hummel

PULS-Gruppierung

Ina Schumann

Thorsten Puttenat, Gruppierungssprecher

Christoph Ozasek, Gruppierungssprecher

Anlage/n
Keine